



Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Freitag, den 21. Mai 1886.

Nr. 233.

Deutschland.

Berlin, 20. Mai. Die von der Budgetkommission niedergesetzte Subkommission zur Vorberathung des Gesetzentwurfs, betr. den Servistarif und die Klasseneinteilung der Orte, hat Dienstag Abend ihre Arbeiten beendet. Sie fuhr zunächst in der Berathung darüber fort, ob die Verfassung von Breslau, Köln und Leipzig aus Klasse I nach Klasse A gerechtfertigt sei. Der finanzielle Effekt dieser Maßregel würde für Breslau, wie bereits mitgeteilt, 290,000 Mark betragen, wovon 128,000 Mark auf das Reich, 162,000 Mark auf Preußen entfallen werden. Die Verfassung Kölns würde mit einer Mehrbelastung von 115,000 Mark für das Reich, von 212,000 Mark für Preußen verknüpft sein. Die Verfassung Leipzigs nach Klasse A würde einen Mehraufwand von 110,000 Mark zur Folge haben, von denen 51,000 Mark von der Militärverwaltung, 30,000 Mark von der Reichsjustizverwaltung, 20,000 Mark von der Postverwaltung zu übernehmen wären; 10,000 Mark würden zur Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses verwandt werden. Abg. Kröber (Volkspartei) erklärt sich in Anbetracht der ungünstigen Lage der Reichsfinanzen gegen diese Mehrausgaben und Abg. Sattler (natl.) bestreitet die Angaben des Regierungskommissars über die Höhe der Wohnungsmieten und erklärt die Verfassung von Köln begründeter, als die von Breslau und Leipzig. Abg. Baumbach (Dfr.) hält die Verfassung Leipzigs wegen der Höhe der dortigen Wohnungsmieten für ebenso berechtigt, als die der beiden andern Orte. Bei der Abstimmung wird die Verfassung aller drei Orte einstimmig abgelehnt. Nach kurzer Debatte werden alsdann die Verfassungen nach Klasse 1 und 2 angenommen. Von den nach Klasse 3 zu verfassenden Orten werden Bartenstein und Meseritz nicht angenommen, dagegen ohne bemerkenswerthe Debatte der Rest der Vorlage.

Wie wir mit Bestimmtheit erfahren, ist heute bei dem Bundesrath ein Antrag Preußens eingegangen: Auf Grund des § 28 des Sozialistengesetzes über Spremburg den kleinen Belagerungszustand zu verhängen.

Eine sehr beunruhigende Nachricht kommt aus Westafrika:

Aus Cape Coast Castle über Liverpool eingelaufene Nachrichten vom 22. April melden von erbitterten Kämpfen zwischen den Stämmen der Adantse's und Bequaah's, von letzteren sollen 45 deutsche Händler gefangen genommen und grausam ermordet sein.

Cape Coast Castle liegt bekanntlich an der Goldküste, die eine englische Kolonie bildet; östlich davon liegen Klein- und Groß-Popo, die deutschen Schutzgebiete. Die Nachricht ist so ungenau und unbestimmt, daß wir uns vorläufig nicht in Vermuthungen ergehen wollen.

An dem gestern Abend in Rom zu Ehren Depretis' und der ministeriellen Kandidaten des ersten Wahlkollegiums von der konstitutionellen monarchischen Vereinigung im Hotel Quirinal veranstalteten Bankett nahmen die Minister, die Unterstaatssekretäre und hervorragende Vertreter der Presse Theil. Ueber den Verlauf des Banketts wird telegraphisch gemeldet:

Depretis hielt eine Rede, in welcher er zunächst die gegen ihn und seine innere Politik erhobenen Beschuldigungen widerlegte und nachwies, daß er stets seinem früheren Programm treugeblieben sei. Alsdann hob Depretis die Bedeutung und Wichtigkeit der, während der letzten 10 Jahre vollendeten, gesetzgeberischen Arbeit hervor, es seien in diesem Zeitraum 850 Gesetze, wovon ungefähr 300 seit 1882, zu Stande gekommen. Hierauf entwickelte der Ministerpräsident sein gesetzgeberisches Programm für die neue Legislaturperiode, verteidigte die Finanzpolitik der Regierung und erklärte, die Einnahmen des laufenden Finanzjahres würden gegen die Voranschläge etwa 35 Millionen mehr betragen; dieser Zustand der Dinge entbinde jedoch die Regierung nicht von der Verpflichtung, auch ferner die Finanzverwaltung mit möglichster Sorgfalt zu führen, um so das Budget durch die größte Sparsamkeit in den Ausgaben zu stärken. Auf die auswärtige Politik übergehend, hob Depretis hervor, bei den letzten Ereignissen in Ost-Rumelien und Griechenland sei die Regierung in vollkommenem Einver-

nehmen mit den drei Kaiserreichen sowie mit England vorgegangen. Wenn die Aktion der italienischen Regierung auch als hauptsächlichsten Zweck die Aufrechterhaltung des europäischen Friedens, der für Italien so notwendig sei, verfolgte, so habe man doch auch nicht die Interessen der Bevölkerung der Balkanstaaten außer Acht gelassen. Diese Interessen seien weit besser durch die von der Regierung befolgte Politik gewahrt worden, als wenn jenen Staaten durch Italien trügerische Hoffnungen eingeflößt und eine verhängnisvolle Spaltung zwischen den Mächten hervorgerufen worden wäre.

Eine bedeutende Nachricht kommt aus Kreta; nach einem Telegramm der „Agence Havas“ hat die kretensische Generalversammlung beschlossen, eine Adresse an die auswärtigen Konsuln zu richten, in welcher erklärt wird, daß Kreta den türkischen Gesetzen treu bleiben werde; gleichzeitig wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Pforte in Berücksichtigung dieser Haltung die Privilegien Kretas vermindern werde. Unwahrscheinlich ist diese plötzliche, entschiedene Stellungnahme der kretensischen Landesvertretung durchaus nicht; die Mißerfolge der griechischen Politik mögen den kretensischen Brüdern einen Anstoß an Griechenland nicht verlockend erscheinen lassen, abgesehen davon, daß gerade im jetzigen Augenblick es für Kreta angebracht ist, sich mit der Pforte gut zu stellen.

In Sebastopol hat gestern der Stapelauf des Panzerschiffes „Tschigeme“ im Beisein der kaiserlichen Majestäten und der Großfürsten, des Vizeadmirals Scheslanow, des Kriegsministers Wannowski und des sonstigen kaiserlichen Gefolges, sowie der Veteranen aus dem Krimkrieg und zahlreicher Zuschauer glücklich stattgefunden. Die imposante Zeremonie wurde durch heftigen Regen beeinträchtigt. Am Freitag wird in Nikolajeff der Dampfer „Katharina II.“ vom Stapel gelassen.

Die offiziell gemeldet wird, sind zahlreiche russische Kriegsschiffe in den Krimhäfen anwesend. Der „Petersburger Regierungs-Anzeiger“ veröffentlicht heute, einer offiziellen Depesche zufolge, nachstehenden Befehl des Zaren an die Schwarzmeerflotte:

Ueber dreißig Jahre sind vergangen, seitdem die Flotte des Schwarzen Meeres Heldenthaten verrichtete und sich für das Wohl Russlands opferte. Jetzt erhebt diese Flotte wieder zur Freude des lange um sie trauernden Vaterlandes. Mein Willen und meine Gedanken sind auf die friedliche Entwicklung des Volkswohles gerichtet. Mein Umstände können die Erfüllung meiner Wünsche erschweren und mich zur bewaffneten Vertheidigung der Würde des Reiches zwingen. Ihr werdet dann für dieselbe mit mir eintreten mit der Ergebenheit und der die Zeitgenossen in Erstaunen setzenden Standhaftigkeit, welche eure Vorfahren auf den Aufruf meines Großvaters bewiesen haben. Auf dem Wasser, dem Zeugen ihrer Heldenthaten, vertraue ich euch die Vertheidigung der Ehre und der Sicherheit Russlands an.

Ein Tagesbefehl des bisherigen kommandirenden Generals v. Schachtmeyer in Stuttgart theilt eine Kabinettsordre des Kaisers mit, in welcher derselbe es als tief empfundenen Bedürfnis bezeichnet, seinen warmen Dank für die langjährigen, treuen und erfolgreichen Dienste des Generals auszusprechen. Der General soll in seinem Verhältnis als Chef des pommerischen Füsilier-Regiments Nr. 34 verbleiben. In dem Tagesbefehl heißt es ferner:

Der General nehme ein Gefühl des innigsten Dankes gegen den großen und ruhmreichen Monarchen, dessen unvergleichlicher Heldenlaufbahn er habe folgen dürfen, sowie gegen den König, welcher ihm das Armeekorps durch 8 Jahre anvertraut habe, mit; nicht minder nehme er aber auch die auf die größte Hochachtung begründete Zuneigung für den tüchtigen und edlen Volkstamm mit, bei dem er so viel Gutes gesehen und so viel Freundliches erfahren und unter dessen Söhnen er ein hohes Pflichtgefühl und einen vorzüglichen militärischen Geist gefunden habe; er blicke voller Zuversicht in die Zukunft des Armeekorps wie des gesammten deutschen Heeres. Der General schließt mit der Bitte, ihm eine kameradschaftliche Erinnerung zu bewahren.

Ausland.

Wien, 16. Mai. Baron Puschwald, der derzeitige Chef unseres Handelsamtes, hat sich bemüht gefunden, seine Donnerstag im Zollauschusse gemachten und „mißverständlich aufgefaßten“ Bemerkungen über die Gründe des Scheiterns der Zollverhandlungen mit Rumänien zu präzisieren. Er leugnete, in der gestrigen Sitzung des Zollauschusses auf politische Motive seitens Rumäniens angepielt zu haben, als er sagte, daß außer wirtschaftlichen auch „andere“ Gründe das Benehmen des Königreiches bestimmt haben mochten. Diese „andere“ Gründe sucht Baron Puschwald darin, daß in Rumänien in dieser Frage „eine erregte Stimmung“ herrsche, der sich die Bukarester Regierung gefügt habe. Die ganze „Erläuterung“ des Freiherrn von Puschwald ist eine Wortklauberei, denn diese „erregte“ Stimmung der Rumänen hat politischen Untergrund, politische Motive, eine gegen Oesterreich gerichtete Spitze, sonst wären eben die handelspolitischen Beziehungen von rumänischer Seite nicht abgebrochen worden. Es ist gewiß, daß die Erläuterung Puschwald's auf Andringen des Grafen Kalnoky abgegeben wurde, denn der Sektionschef erklärte auf Grund „kompetenter“ Informationen, daß „sowohl hier wie auch in Bukarest der Wunsch besteht, die guten politischen Beziehungen zwischen beiden Reichen zu erhalten und vor einer Erübung zu bewahren.“ Diese Erklärung ist wohl geeignet, einiges Nachdenken zu verursachen. Rumänien hat sich anmaßend benommen und die Handelsbeziehungen zu dem großen Nachbarreiche in ungeschlüssener Manier abgebrochen; die beiderseitigen Regierungen gehen nunmehr daran, gegen Rumänien scharfe Repressiv-Maßregeln zu treffen und schon morgen tritt die österreichisch-ungarische Zollkonferenz zusammen, um eventuell die vollständige Absperrung der Grenze zu beschließen, wie dies von ungarisch-offiziöser Seite signalisirt wird; der Zollkrieg wird energisch und ernst geführt werden, was die „erregte Stimmung“ der Rumänen gewiß nicht dämpfen und beruhigen wird; — und trotzdem erklärt der zollkriegführende Leiter unseres Handelsamtes, daß die politischen Beziehungen keine Erübung erfahren werden. Die Erklärung wurde unter der Pression des Ministeriums des Aeußeren abgegeben und dies legt die Vermuthung nahe, daß Graf Kalnoky die Folgen der von den Landesministerien beliebten Schutzoll-Politik abschwächen wolle und daß er Alles aufbiete, um seine Politik in den alten Bahnen fortzuführen. Deutschland gegenüber scheint ihm dies gelungen zu sein, ob aber die angeblithe Intimität sich auch mit Rumänien werde erhalten lassen, ist um so fraglicher, als ja dort schon eine „erregte Stimmung“ herrscht. Und die Erklärung Puschwald's zeigt auch, daß zwischen der äußeren und der inneren Politik ein unleugbarer Gegensatz besteht, und daß das auswärtige Amt nicht gewillt ist, dieser inneren Politik und den verschiedenen Parteistimmungen zu folgen. Inzwischen erledigt der Zollauschuß die einzelnen Tarifposten. Bisher sind alle Versuche, Aenderungen herbeizuführen, gescheitert und die Erklärung Puschwald's, daß die Aenderung auch nur einer einzigen Post den ganzen Tarif zu Falle brächte, übt auf die Majorität eine magische Wirkung. Man glaubt, daß die Zollvorlage bis zum 1. Juli in beiden Häusern des österreichischen Reichsrathes erledigt sein wird. Die Ungarn beginnen erst nächste Woche mit den Ausschuß-Berathungen und da dort mehr und eingehender gesprochen wird, dürfte sich die Erledigung bis in den Juli hineinziehen, so daß der neue Tarif wohl erst mit 1. August in Kraft treten dürfte.

Die Gruppen der Majorität unseres Abgeordnetenhauses leben in Unfrieden. Weder über das Arbeiter-Unfall-Versicherungs- noch über das Sozialistengesetz ist bisher eine Einigung erzielt worden. Im polnischen Klub herrschen innere Kämpfe wegen dieser beiden Vorlagen, von denen sich Niemand begeistert zeigt, und das Unfallgesetz ist dort nur mit einer einzigen Stimme Majorität angenommen worden, nachdem man den Grundsatz aufgestellt hatte, daß land- und forstwirtschaftliche Arbeiter in das Gesetz nicht einzubeziehen seien. Nun gestalten aber die Statuten des polnischen Klubs jedem Mitgliede, sich der Abstimmung im Hause zu enthalten, falls der

Klubbeschluss nicht nach seinem Geschmack wäre. Wenn also 20—25 Polen fehlen und ihnen sich auch Mitglieder anderer Gruppen anschließen würden, so könnte das Gesetz in seiner heutigen Gestalt fallen. Auch unter den Czechen herrscht Gährung. Damit er eine imponirende Mitgliederzahl aufweist, hat der Klub nicht nur die mährischen und die böhmischen Czechen, sondern auch die Feudalen in sich aufgenommen. Neuestens fühlen sich aber die böhmischen Czechen bei den Ausschüßwahlen benachtheiligt und beantragen, daß nicht mehr nach den drei Gruppen, sondern aus dem vollen Klub gewählt werde. Diese Frage ist noch nicht entschieden, wohl aber hat sie einen czechischen Abgeordneten aus Böhmen, der sich bei der Wahl zurückgesetzt fühlte, zu dem Entschluß gebracht, sein Mandat niederzulegen. Auch unter den Slowenen brodelt es. Sie wollen nun doch einen eigenen, oder einen Klub der „südslawischen“ Abgeordneten bilden, um rascher zu Konzessionen zu kommen. Graf Hohenwarth hat die Devise: „Eile mit Weile“ — und die Slowenen scheinen zu fürchten, daß sie angesichts der schneckenartigen Bewegungen Sr. Erzellenz den Moment verpassen könnten. Das Unbehagen der Majorität hat sich gesteigert in Folge des Konfliktes, welcher zwischen dem Finanzminister und dem Präsidenten der Staatsschulden-Kontrolle-Kommission ausgebrochen ist und seine Schlichtung noch nicht finden konnte. Das Ministerium läßt nämlich neue Post- und Telegraphengebäude in den Provinzialhauptstädten und in Wien bauen und entlehnte das Geld bei verschiedenen Sparkassen. Im Budget und in allen Berechnungstabellen kommen aber nur die jährlichen Zinsen und Amortisationsquoten zum Ausdruck, während der eigentliche Schuldenstand verschwiegen bleibt. Die Staatsschulden-Kommission konnte diese Verschleierung des Defizits und der Staatsschuld nicht billigen und sprach dies in ihrem Berichte unumwunden aus. Dunajewski steht auf dem Standpunkte, daß diese hohe Kommission kein Recht zur Kritik habe, und die Folge war, daß der Präsident der Kommission, der unter den Czechen sehr geachtete Abgeordnete Schrom, sich von den Sitzungen des Hauses fernhält und dem Czechenklub angezeigt hat, daß er sein Mandat niederlegen wolle, was Niemand von beiden verhindern möchte. Vorläufig streift also Schrom, nun fragt es sich aber, ob der Czechenklub sich seiner nicht annehmen und gegen den Finanzminister Front machen wird. Herr von Dunajewski ist sehr mächtig, aber die Czechen sind sehr hartköpfig. Angesichts dieser Stimmungen soll Graf Laaffe beabsichtigen, nur die dringlichsten Vorlagen erledigen zu lassen, die Debatte über das Sozialistengesetz bis zum Herbst zu vertagen und den Reichsrath ehestens nach Hause zu schicken.

London, 17. Mai. Getreu ihrer nicht ungeübten Taktik, die Führung im Kampfe gegen Gladstone dessen abgefallenen Freunden zu überlassen, haben die konservativen Führer bisher gänzlich geschwiegen oder nur spärliche Beiträge zu der Erörterung der irischen Frage geliefert. Nachdem aber das Schicksal der Home Rulevorlage für diese Session durch das endlich erzielte Einvernehmen zwischen Hartington und Chamberlain besiegelt erschien, hat jetzt Lord Salisbury bei Gelegenheit einer Versammlung des Centralvereins aller konservativen Vereinigungen des Landes in der St. James' Hall das Wort ergriffen, um sein Herz auszusprechen. Eben so weise wie seine bisherige Zurückhaltung war, eben so unweise erscheint seine vorgestrigte Herzergießung, denn er begehrt den Fehler, zu triumphiren und diejenigen Bundesgenossen vor den Kopf zu stoßen, durch deren Hilfe er allein hoffen kann, die wahrscheinliche parlamentarische Niederlage des Kabinetts zu einem wirklichen Siege seiner Partei zu erweitern. Seine Rede muß es auch den Wählern vom Schlage Hartington's klar machen, daß sie in ihren Anschauungen über irische Politik durch eine weite Kluft von Salisbury getrennt werden. Trotzdem tragen sich die Freunde einer Vereinigung der Konservativen und der sezidirenden Liberalen zur Bekämpfung der home rulefreundlichen Rabulalen mit der Hoffnung, für die zu erwartende Parliamentsauflösung und Neuwahl ein thätliches Bündniß zu Stande zu bringen. Die „Times“, der eifrigste Vorkämpfer dieses Gedankens, giebt dem konservativen Führer den Rath

